

Nassauischer Anzeiger

Bezugspreis: bei sämtlichen Postanstalten monatlich 200 A. Bei freier Bestellung ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redakteur: Paul Jorisch in Biebrich.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden

Nassauisches Tagblatt. — Nassauische Zeitung. — Nassauischer Generalanzeiger. — Nassauische Neuere Nachrichten.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten, Colonettelle oder deren Raum 50 A. Reklamezeile 200 A. Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon Nr. 41.
Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Erscheint auch unter dem Titel: „Hochheimer Stadtanzeiger“, amtliches Organ der Stadt Hochheim am Main.

Nr. 129

Samstag, den 30. Oktober 1920.

Postzeitung
Bismarck (Hann.) Nr. 10174

20. Jahrgang

Amstlicher Teil.

Nr. 384.

Anordnung

Über die Einstellung und Beschäftigung auswärtiger wohnender Arbeitsnehmer.

Auf Grund des § 14 der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung in der Fassung vom 25. April 1920 wird angeordnet:

§ 1.
Jedes Bürgermeistertum hat, sofern noch nicht geschehen, ein Arbeitsamt (Arbeitsnachweis- und Vermittlung) einzurichten.

§ 2.
Arbeitgeber im Landkreis Wiesbaden dürfen Arbeitnehmer, die außerhalb des Landkreises Wiesbaden wohnen oder von auswärts stammend ihren Aufenthalt im Landkreis nehmen wollen, nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes (Bürgermeistertums) einstellen.

§ 3.
Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn das Arbeitsamt (Bürgermeistertum) und der Kreisarbeitsnachweis (Landratsamt) keine geeigneten Arbeitskräfte nachzuweisen vermögen, oder der Aufenthalt im Landkreis Wiesbaden nach der oben bezeichneten Verordnung oder nach der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung vom 6. Mai 1920 nicht verfolgt werden darf.

§ 4.
Für die einzustellenden Arbeitnehmer ist vor ihrer Einstellung die Genehmigung schriftlich beim Arbeitsamt (Bürgermeistertum) einzuholen. Dabei sind die Namen, der Beruf, das Alter und die Art der Beschäftigung des Arbeitnehmers, sowie dessen Wohnort oder der Ort, aus dem der Zugang geschehen soll, anzugeben.

§ 5.
Gegen die Verweigerung der Genehmigung kann sich der Arbeitgeber bei dem Demobilisierungsausschuss beschweren.

§ 6.
Wer dieser Anordnung vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 A. oder mit einer dieser Strafen belegt.

§ 7.
Diese Anordnung tritt am 5. November 1920 in Kraft.

§ 8.
Die diesseitigen Verordnungen vom 1. September 1919 und 20. Januar 1920 (Kreisblatt Nr. 14 vom 31. Januar 1920) werden mit Ausnahme der §§ 1, 2 und 5 des § 1 mit Wirkung vom 5. November ds. Js. ab außer Kraft gesetzt.

Wiesbaden, den 28. Oktober 1920.

Der Demobilisierungsausschuss des Landkreises Wiesbaden.

Der Vorsitzende: J. W. Biejer.

Nr. 385.

Bekanntmachung.

Für sämtliche Büros des Landratsamtes und Kreisarbeitsnachweises sind die Dienststunden von Montag, den 1. November ds. Js. ab auf die Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr festgesetzt worden.

Für den Verkehr mit dem Publikum sind die Büros nur bis mittags 12 1/2 Uhr geöffnet. Die übrige Zeit muß für die den Beamten und Angestellten obliegenden vielen schriftlichen Arbeiten freibleiben, weshalb gebeten wird, nach Schluß der Sprechzeit auch telefonische Anfragen in nicht dringenden Angelegenheiten zu unterlassen.

Die Magistrats- und Gemeindevorstände ersuche ich, diese Bekanntmachung auch in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

Wiesbaden, den 29. Oktober 1920.

Der Landrat und Vorsitzende des Kreisarbeitsnachweises.

J. W. Biejer.

Nr. 386.

Bekanntmachung.

Betrifft die Bekämpfung des Frostspanners.

Der Frostspanner (die Raupe des Frostnacht-schmetterlings) hat im verflossenen Jahre in vielen Gemeinden des Kreises eine verheerende Verwüstung gefunden und in den Obstanlagen ganz enorme Schäden verursacht. Viele Anpflanzungen waren im Frühjahr fast gänzlich kahl gefressen und haben bis zum Herbst nur dürftig etwas neues Laub getrieben. Werden diese Bäume im nächsten Frühjahr erneut befallen, so sind sie unrettbar verloren.

Die beste und sicherste Bekämpfung des Frostspanners erfolgt durch Anlegen der Aiebringe an den Obstbäumen, insbesondere bei Apfel-, Birn-, Kirschen- und Zwetschenbäumen. Jetzt ist die beste Zeit zur Ausführung dieser Arbeit. Kein Baumbesitzer sollte die geringen Kosten der Bekämpfung scheuen, sie lohnen sich hundertfältig.

Am besten wird die Arbeit von gemeindegewogen durch angelernte Arbeiter unter Aufsicht des Feldschuttpersonals ausgeführt und die Kosten können dann je Baum ausgeglichen werden.

Guten Ratgebern und brauchbares Unterlage-papier liefern die Firma Otto Hynsberg, Rodenheim (Vertreter Samenhaus L. Kollath, Wiesbaden, Wilsberg) und Chemische Fabrik Roedlinger, Hilsheim. Der Baum darf nicht zu dünn aufgetragen werden, da er sonst durch Sonne, Luft und Staub rasch eintrocknet: 5-6 cm. breit, dafür aber 1-4 mm dick, solche Ringe bleiben am längsten länglich.

Die Gemeindevorstände ersuche ich, nach Möglichkeit die Bekämpfung von Gemeindegewegen aus-

führen zu lassen, andernfalls aber die Obstbaumbesitzer zur rechtzeitigen Ausführung der Bekämpfung anzuhalten.

Ueber den Erfolg des hiesigen Veranlassens ist mir binnen 14 Tagen zu berichten.

Wiesbaden, den 28. Oktober 1920.

Der Vorsitzende des Kreisarbeitsnachweises.

J. W. Biejer.

Nr. 387.

Der größte Teil der städtischen Bevölkerung hat sich den wintertlichen Kartoffelbedarf bis jetzt nicht zu verschaffen vermocht. Daraus entsteht täglich wachsend ein Maß von Beunruhigung und Sorge, das sehr ernst genommen sein will und mir die Pflicht auferlegt, an alle beteiligten Stellen die dringendste Mahnung zu richten, das Äußerste an eine rasche und ausreichende Versorgung der Bedarfsbezirke zu setzen. Ansehend ist die Reizung zur Zurückhaltung in Erzeugerkreisen noch immer groß. Viele Landwirte glauben mit dem Abschluß eines Lieferungsvertrages das ihre getan zu haben. Dabei bedenken sie, daß der Vertragsartefakt nur etwa ein Siebentel des Bedarfs der Provinz, den sie in der Hauptrolle aus eigener Kraft zu befriedigen müssen. Damit entfällt an Pflichtmenge — Pflichtmenge im Sinne moralischer und sittlicher Gebundenheit gegenüber der Volksgemeinschaft — auf den einzelnen Erzeuger durchschnittlich ein Viertel des von ihm obliegenden Vertragslieferungen. Diese Erkenntnis und der gute Wille zu ihrer Verwirklichung müssen endlich allgemein werden. Ich bitte alle Berufsleute — Behörden, führende Landwirte und die Geschäftskreise — sich dafür mit dem größten Ernste einzusetzen und bestimme auf der Grundlage der durch die gesamte Presse bekannt gegebenen Richtlinien vom 28. September zugleich:

1. Als Erzeugerpreis für die im freien Verkehr gehandelten Kartoffeln gilt ein Zentnerpreis von 25 A. Er wird hiermit als Höchstpreis festgelegt. Seine Ueberschreitung ist strafbar. Diese Preisfestsetzung entspricht den Umrechnungen und Folgen der landwirtschaftlichen Organisationen der Provinz. Die sich nahezu geschlossen für die unbedingte Angemessenheit des 25 A. Preisestates erklären haben.

2. Die diesseitig beabsichtigte, teilweise schon in die Tat umgesetzte Bereitwilligkeit, die wirtschaftlich Schwachen mit 20 Mark-Kartoffeln zu versorgen, wird durch die Festsetzung zu 1 natürlich nicht berührt. Alle bezüglichen Abmachungen behalten Bestand. Es ist nach wie vor dringend zu wünschen, daß mindestens ein Drittel des Gesamtbedarfs zu 20 A. je Zentner abgegeben wird. Die die und da offenbare Abneigung, über die Bedürfnisse des eigenen Kreises hinauszugehen, sollte der Einsicht Platz machen, daß Not und Entbehrung in gewissen Schichten der städtischen Bevölkerung menschliche Anteilnahme und Hilfsbereitschaft ganz besonders erheischen.

3. Die Lieferungsverträge bleiben an sich in Kraft, soweit nicht der freie Wille der Vertragspartner die hinsichtlich des Preises beiderseits scheidet. Dankenswerter Weise haben in manchen Kreisen und in sehr vielen Fällen die Erzeuger bereits zu einer Senkung des Vertragspreises auf 20 oder 25 A. die Hand geboten. Die Behörden werden weiterhin angustreben haben, daß möglichst allgemein der Erzeugerpreis von 25 A. an die Stelle des Vertragspreises von 31.75 A. tritt.

4. Die Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 (R. G. Bl. S. 581) und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen (Min. Bl. der Handels- und Gewerbeverwaltung 1916, S. 205) finden nach wie vor auf den Handel mit Kartoffeln Anwendung. Zu diesem Handel bedarf es somit einer ausdrücklichen Erlaubnis. Die zuständigen Behörden — in den Stadtkreisen die Polizeibehörde, im übrigen der Landrat — haben unverzüglich alle Fälle nachzuprüfen, in denen die Erlaubnis bereits erteilt ist, und die Händler mit Kartoffeln, die ohne Erlaubnis sind, aufzufordern, diese schriftlich nachzuweisen.

5. Ich mache den Behörden zur Pflicht, gegen Ueberschreitungen des Erzeugerpreises und unerlaubten Handel mit den schärfsten Mitteln und ohne jeden Verzug vorzugehen.

6. Die Kommunalbehörden (Städte bzw. Kreisprüfungsstellen der Kreise) sind gehalten, streng darauf zu achten, daß die unvermeidliche Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem Kleinhandelspreis in angemessenen Grenzen bleibt.

Cassel, den 5. Oktober 1920.

Der Oberpräsident. Dr. Schwander.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 27. Oktober 1920.

Der Vorsitzende des Kreisarbeitsnachweises.

J. W. Biejer.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. Oktober.

Am Ministertisch: Reichskanzler Fehrenbach, Simons, Giesberts, Giesler, Wirth, Brauns.

Die Besprechung der Interpellation betreffend die Entwaffnung der Bevölkerung sowie die Interpellation betreffend die Vernichtung der Dieselmotoren wird mit der Tagesordnung verbunden.

Bei der Tagesordnung wirkt Reichskanzler Fehrenbach einen Rückblick auf die Lage von

Spa und sagt: Wir sind militärisch ohnmächtig und wirtschaftlich am Ende unserer Kraft. Verstöße gegen Vertreter fremder Staaten sind leider nicht ausgeblieben. Wir müssen sie schwer büßen. Im russisch-polnischen Kriege sind wir neutral geblieben, trotz mannigfachen Bemühungen, uns hineinzuwickeln. Der gute Geist unseres Volkes wird sich auch stark genug erweisen, den Forderungen von russischer Seite zu widerstehen. Was die Forderung anbelangt, gegen die polnischen Gewalttaten mit Gewalt vorzugehen, so liegen wir an einer Kette. Bisher sind wir im Osten, so wird sie im Westen umso härter drücken. So schwer uns auch das Problem der Abrüstung drückt, wir werden es tragen müssen. Jedenfalls soll Deutschlands Abrüstung nach dem Friedensvertrag nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung bilden. Der Reichskanzler kommt dann auf unsere wirtschaftliche Lage zu sprechen und beklagt unseren Kohlenmangel, während Frankreich Ueberfluß habe. Er schildert die schwierigen Folgen der Okkupation, deren Kosten so hoch seien, daß die ganze Reparation Frankreichs damit in Frage gestellt werde. Auch über die Frage unserer Leistungen scheint eine Vereinbarung bevorzustehen, die uns so notwendiger ist, als unsere Landesgrenzen noch nicht einmal feststehen. In Ober-schlesien sind Kräfte am Werke, die Abmachungen des Friedensvertrages zu unterminieren. Unsere Handelsleute dort werden fest sein in der Treue zu uns. Wir werden den besonderen Verhältnissen Rechnung tragen und dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, die Ober-schlesien die bundesstaatliche Selbständigkeit gewährleistet. Sodann erwähnt der Reichskanzler die Ernährungsfrage und stellt fest, daß das gegenwärtige Kabinett daran keine Schuld trage. Die Zwangswirtschaft sei an ihrer eigenen Unrührbarkeit zusammengebrochen. Die Regierung habe nicht die Macht, ihr wieder aufzuhelfen. Der Redner appelliert an die Landwirtschaft und bittet sie, dafür zu sorgen, daß unser Volk gut durch den Winter kommt. Beide Kreise des deutschen Volkes hätten sich an der Sowjet-herrschaft begeistert, obwohl deutsche Arbeitervertreter die Wahrheit in Russland erkannt hätten. Jedenfalls wäre es die Pflicht der kommunistischen Partei, die bestehenden gesetzlichen Schranken zu verlegen. Die Regierung werde sich dem widersetzen. Für russische Agitatoren sei auf deutschem Boden kein Platz. (Protestrufe auf der äußersten Linken). Sparsamkeit und Arbeit, das sind die einzigen Bedingungen, die eine pflichtbewusste Regierung heute stellen kann. In Landwirtschaft und Industrie müssen alle Kräfte angespannt, unser Verkehrsnetz saniert und unsere Finanzen geordnet werden. In der Sozialisierungsfrage wird die Regierung das Ergebnis der Beratung im Reichswirtschaftsrat und im Reichshandelsrat in der Weise vertreten, die den Interessen Deutschlands entspricht. Sodann erteilt der Reichskanzler der Abstimmung von Kärnten, wo alle Stimmesbrüder, die für Deutschland stimmen, getreu des Tages barren, wo uns alle wieder das gemeinsame Band umschlingt. Auch im übrigen brauche er ja vor Verlustungen nicht zu warnen. Das Gemeingefühl habe sich überall im deutschen Land stark befestigt. Wir bedürfen der treuen und einsichtigen Mitarbeit aller Parteien. Stellen Sie daher alles zurück, was uns trennt, zum Wohle unseres Volkes. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth bedauert, daß unsere Kosten aus dem Kriege noch immer nicht feststehen. Wir leben daher in völliger Unsicherheit. Nicht nur unsere Finanzlage, das ganze Welt-geschehen der Finanzwirtschaft muß darunter leiden. Die Hoffnungen der ganzen Welt auf Brüssel sind gescheitert. Aber es ist doch wenigstens etwas erfolgt, und zwar die internationale Aussprache. Aber Mittel zur Hebung des kranken Deutschlands sind nicht gezeigt worden. Die guten und treuesten Grundzüge, die dort aufgestellt wurden, sind alle nicht geeignet, uns zu helfen. Leider sei der Friedensvertrag dort noch nicht gesprochen worden, dessen Anpassung an Deutschlands Leistungsfähigkeit die Vorbedingung der Weltgesundung sei. Der Redner bittet den Haushaltsausschuß, seine Arbeiten für den Etat 1921 zu beschleunigen, damit der neue Etat aufgestellt werden könne. In dem Gesetze fehle auch noch die Befolgungsvorlage, die noch immer im Ausschuss stehe. Er bitte, auch diese Angelegenheit zu beschleunigen. Auch über die Frage, welche Mittel die Reichsregierung für Lebensmittel bereitstellen habe, lasse sich noch nichts sagen. Die Entlohnung unserer Finanzen von diesem Posten müsse für das kommende Jahr die Hauptrolle des Reichstages sein. Der Redner appelliert sodann an die Beamtenchaft, den Bogen der heutigen Forderungen nicht zu überspannen. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur für das tägliche Brot zu sorgen, nein, auch für Kunst und Wissenschaft sowie Mittel zu beschaffen, daß sie ihren Platz in der Welt behaupten können. In diesem Sinne wird die Reichsregierung zusammen mit den Landesregierungen für Schulen, Akademien und Hochschulen die erforderlichen Mittel beschleunigen. Die zu veranschlagenden Reichskosten belaufen sich auf 362,94 Milliarden Mark, wozu noch 25 Milliarden der Eisenbahnschuld hinzukommen. Es dürften aber noch 30 Milliarden aus Fehlbeträgen bei den einzelnen Ressorts dazu kommen. Sodann bespricht der Redner den Etat im einzelnen und beschäftigt sich besonders mit dem Etat des Friedensvertrages, der mit voller Absicht von dem eigentlichen Etat getrennt sei, damit das Volk seine Tragweite erkenne. Der Steueretat sei mit 30 1/2 Milliarden eingeschätzt. Weitere 9 Milliarden würden den Ländern zurückerstattet. Zu Kosten des Krieges seien ferner 19 Milliarden zu zahlen. Für Ernährungszwecke usw. seien Zweidrittel der ge-

samten Forderungen des ganzen Etats einzusetzen. Er scheue keine Kontrolle und bitte jedes Mitglied des Hauses, in alle Ecken des Etats scharf hineinzuschauen. Auch die außerordentlichen Ausgaben stehen noch ganz im Zeichen des Krieges. Hoffen wir, daß sie im nächsten Etat in Fortfall kommen. Die Einkünfte des ordentlichen Etats stellen sich auf 39,9 Milliarden Mark und ermöglichen auf dem Papier eine Bilanzierung. Möglich ist das nur durch erhöhte Steuereinnahmen geworden. Der Etat des Friedensvertrages wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Er beläuft sich auf 41 Milliarden. Alle Steuern im Reiche, den Ländern und Gemeinden reichen nicht aus, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Willkürliche Anforderungen müssen ausgeschaltet werden. Mit einseitigen Schlagworten gegen den Staatsbetrieb ist nichts getan. Die Steuererhebung kann auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten. Ein Mehrbedarf von 4-5 Milliarden für den ordentlichen Etat des nächsten Jahres ist schon heute zu überlegen. Die Durchführung der Steuern mit allen Mitteln, und eine bis an die Grenze des Möglichen getriebene Sparsamkeit ist unumgänglich. Das Reichsnotopfer abzufassen, wird keiner wie auch immer gearteten Regierung möglich sein. Der Kapitalismus feiert nie größere Triumphe, als wenn die Staatsautorität geschwächt wird. Mit dem Durcheinanderregieren auf den verschiedenen Gebieten muß ein Ende gemacht werden. Besonders eine einheitliche Leitung des Grenzschutzes ist nötig. Bei der Durchführung der Steuererhebung müssen alle mitwirken. Von der Notendrucke beschaffen Sie dem Volke aus dem Ausland kein Brot. Das Reich wird nicht marschieren können, wenn nicht die Länder und Gemeinden mitmarschieren. Durch eine Novelle zum Reichsnotopfer soll versucht werden, die außerordentlich hohen Gewinne, die in den letzten Monaten auf einigen Gebieten des Erwerbslebens zutage getreten sind, dienstbar zu machen, um so eine schnelle Beseitigung von Betrügnen zur Tilgung unserer Schulden zu erwirken. Uebrigens muß der Friedensvertrag durch Waren und Arbeit abgearbeitet werden. Ein Programm hierfür wird Ihnen der Reichswirtschaftsminister entwickeln. Die Frage der Arbeitsdienstpflicht steht für alle Völker Europas vor der Tür. Verzeihung darf nicht in unsere Gemäuer einziehen. Ueber Gräber vorwärts, den Licht und der Freiheit entgegen!

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Der politische Auspruch zweiter Tag.

Berlin, 28. Oktober. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Tagesordnung. Am Ministertisch: Reichskanzler Fehrenbach, Reichsfinanzminister Wirth, Reichswirtschaftsminister Brüning.

Abg. Scheidemann (Soz.) betont, die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers zeigten von tiefer Regung. Redner polemisiert gegen die Deutsche Volkspartei, zu deren roten roten Plakaten vor der Wahlbewegung die gegenwärtige Lage schlecht passe. Wir sind gewillt, die demokratische Republik zu schützen. Wir stehen ja nicht mehr so ganz allein, wir haben auch in der Welt wieder Freunde gefunden und müssen uns hüten, über diese aufkeimende Saat durch reaktionäre Umtriebe den Frost kommen zu lassen. Dazu paßt der Ton schlecht, der aus dem deutschen nationalen Parteitag in Hannover angeschlagen wurde. Lassen Sie die Finger von der Außenpolitik, beschränken Sie sich auf die innere. Er protestiert gegen die Auslieferung der Dieselmotoren. Wir verlangen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, trotz Halle. Wir haben auch keine Bedenken vor russischen Einflüssen. Der Zustand, daß wegen Kohlenmangel der Austausch der Kriegsgefangenen ins Stocken geraten ist, fordert zum schärfsten Protest heraus. In den Ergebnissen der Abstimmung sieht er den Beweis, daß die junge Republik eine größere Anziehungskraft ausstrahlt, als Hohenhausen und Hohenburger, und erwartet von Ober-schlesien das gleiche. Wir wollen keine Gefinnungsschnüffelei, aber der Feind der Republik muß heraus. Deshalb sind wir gegen die Reaktion, die sich sogar der Reichswehr bedient. Die Regierung ist bestrebt, trotz einzelner sozialistischer Minister die alten Beamten als Gegengewicht zu halten. Ein weiterer Beweis hierfür ist ein Blick in den Heeresetat, wo vor lauter Generalen und Pferden kaum die 100.000 Mann zu finden sind. Der Herr Minister zieht tief den Hut vor allen roten Rügen, deren mächtiges Haupt Herr v. Seckl ist. Das Ziel des Offizierskorps sei die Wiederherstellung ihrer alten früheren Herrlichkeit. Das zeige das Programm des Herrn v. Seckl, der die Bildung der Wehrkammer entworfen habe. Auch wir wollen keine Politik im Heere, abgesehen von der Förderung unbedingten Festhaltens an der Republik. Herr v. Seckl will den Geist von Potsdam und Sedan wieder herstellen. So macht er aus der Reichswehr ein williges Instrument der nationalpolitischen Bestrebungen. Dieser Geist führt zur schließlichen Bildung der weißen Garde. Auch das Verwerfliche, dieses Scheinrecht unseligen Unmenschen, taucht wieder auf. So wird das Heer eine schrankenlose Domäne der Offizierskamarilla. Diese Hüter der Republik hätten die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Kokarde beantragt. Das ist eine Verhöhnung der Republik. (Stürmische Proteste und Zwischenruf des Minister Seckl.) Als der Redner der Rechten vormürrt, während das Volk im Kriege alles verloren habe, hätten sie nur ihre Uchsfelle verloren, erhebt sich ein gemalteter Hahn. Das ganze Haus erhebt sich. Pfuihufe und minutenlanges Böhmeln hindern zunächst den Präsidenten, für Ordnung zu sorgen. Der Redner betört, ihm liege jede Absicht fern, den Herrn Minister v. Seckl, diesen Organisator der Gegenrevolution, zu beistimmen. Die Offizierskaste müsse entfernt werden.

Den Erfolg habe man aus den Mannschaften und Offizieren zu nehmen. Die Entlohnung müsse rüchlos durchgeführt werden. Das Ausland müsse die Überlegenheit gemessen, daß wir unserer Pflicht nachkommen. Nun frage er, ob es wahr sei, daß in Potsdam 900 Maschinengewehre und tausende von Gewehren verpackt gefunden wurden, und daß ferner nur Mannschaften, nicht aber Offiziere in dieser Angelegenheit verhaftet worden seien. Ferner frage er, wie es mit der Dräufel sei. Wir haben nicht das Vertrauen zu der Deutschen Volkspartei, daß sie mit ihrer monarchischen Gesinnung ein guter Schlichter der Republik ist. Das macht aber nichts, denn der deutsche Arbeiter ist der beste Hüter der Republik. Ein Ausnahmefall gegen die Sozialisten entspreche nicht den republikanischen Anschauungen. Es mit den Unabwiesigen ein Zusammenarbeiten möglich sein wird, hängt von ihnen ab. Sie lassen sich ja mehr von der Furcht vor den Kommunisten leiten, als von dem Gedanken von der Einigung der deutschen Arbeiter. Zweckmäßig sei es, die Parteien auszugeben; Arbeiter, einigt Euch in der sozialdemokratischen Partei. Als Ziel der sozialdemokratischen Partei gibt der Redner die Sozialisierung des Kohlenbergbaues an. Der Redner tritt jedoch das Verhalten der Minister der Deutschen Volkspartei, da sie in der Fraktion gegen die Sozialisten Stellung genommen, den Kabinettsbeschluss auf Sozialisierung aber unterzeichnet hätten und warte sie, ein Spiel mit der Arbeiterkraft zu treiben. Die Arbeiterkraft der ganzen Welt erwarte von uns bahnbrechende Erfolge auf dem Gebiete der Lebensversicherung. Sozialist sein, heißt Optimist sein! Wir glauben an Deutschlands Zukunft!

Reichswehrminister Gehler erklärt, auf die Einzelheiten der Ausführungen des Redners erst beim Eintreten der Herrenversammlung eingehen zu wollen und übernimmt die alleinige Verantwortung für sein Reden, die er mit niemand teilen wolle, auch nicht mit Herrn von Seede. Daß Herr Seede ein Mann für die schwere Aufgabe, die Herr von Seede, sogar zur Zufriedenheit der Entente, in dieser Arbeit, aber mit blühendem Herzen erfüllt hat, so wenig Verständnis zeigt, belege er aus ganzen Herzen. (Braun.)

Reichstagsminister Peters spricht über die Ergebnisse der Entlohnungsaktion. Das Gesetz vermittele Spannungsmaßnahmen, zumal das Gebiet sehr groß sei und nur die Polizei zur Verfügung stehe, da die Reichswehr nicht damit befaßt werden solle. Der Weg der freiwilligen Ablieferung habe sich bewährt. Die Frist sei noch bis zum 1. November ausgedehnt worden. Die Ablieferung sei ziemlich gleichmäßig erfolgt. Jedoch sei nirgends eine größere Lücke festgestellt worden. Auch auf dem Lande liege keine Zurückhaltung vor. Was die Demonstrationen anbelange, so hoffe er, daß es bald gelingen werde, auch diese zu entzünden. Daß mit den Waffen große Schiedungen vorgenommen worden sind, ist bekannt. Auch ist es richtig, daß unruhige Elemente sich in den Besitz von Waffen gesetzt haben. Das war z. B. in Potsdam der Fall. Das Ergebnis der Ablieferung war 909 Gewehre, 1835 Maschinengewehre, 11 Millionen Geschosse. Alles dies ist nur auf friedlichem Wege erreicht worden.

Abg. Trimborn (Str.) entnimmt der Rede Seede's dem Eindruck, daß die Reichswehrminister zu gegebener Zeit die Regierung stützen wollen. An uns hat fernerzeit die Schuld an dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung nicht gelegen. Wenn die Sozialdemokratie aber gewissermaßen eine drohende Haltung gegen das Ministerium einnehme, so werde sie uns geküßt finden. Der Redner fordert die Regierung auf, den Bolschewismus scharf im Auge zu behalten. Gegenüber Seede's Rede müsse er betonen, daß der Reichstagsminister von einem Ausnahmefall gegen die Kommunisten nichts gesagt habe. Redner geht lebhaft auf die Parteifrage in Kraft und Haltung ein und spricht dem Kabinett gegenüber den dort erhobenen Anklagen das unerschütterliche Vertrauen aus. Was die Angriffe auf den Reichswehrminister betreffen, so verweise er in Seede's mündlichen Ausführungen die Forderung der Disziplin. (Allgemeine Zustimmung.) Was die Beziehungen zum Ausland anbelange, so warte er vor jeder Klusungsentscheidung. Auch auf das Wahlergebnis in den Vereinigten Staaten solle man keine großen Hoffnungen setzen. Es sei weiter der Osten! Aber zum Teil seien auch hier die Verhältnisse ausserordentlich. Besser sei es mit Italien. Polen dagegen hat sich die allgemeine Erbitterung bei uns zugezogen. Der Name „Oberösterreich“ sei dafür der Beweis. Da müßte unser Verhältnis zu Polen sehr nüchtern behandelt werden. Das Hauptziel der Diplomatie müsse die Wiederherstellung der Beziehungen unter den Staaten Europas sein. Dann werden die Amerikaner bereit sein, dem geeinigten Europa weiterzuhelfen. In diesem Sinne muß die Diplomatie mitwirken. Leider komme bei der Befragung der Voten im Ausland das katholische Element nicht entsprechend zur Geltung. Er verweise im Auswärtigen Amt einen Kulturreferenten, der mit dem Missionarismus betraut worden müsse. Der Redner kommt lebhaft auf die Rolle einer großen Anzahl von Auslandsdeutschen zu sprechen und verlangt eine genaue Feststellung über diese Rolle und die Mittel, um dieses Problem zu lösen. Den Süddeutschen sichere er die deutsche Treue zu. Den Rheinländern danke er für das Festhalten am deutschen Vaterlande. Der Redner geht lebhaft auf die einzelnen Positionen des Etats ein. Der Reichtum von 48 Milliarden könne den Staatsbankrott empfehlen. Das würde aber den Verlust der Selbstständigkeit bedeuten. Eine Erhöhung der direkten Steuern sei nicht mehr möglich. Sparmaßnahme und Erhöhung der Arbeitsleistungen sei die Hauptsache. Die Zahl der Beamten müsse überall herabgesetzt werden. Wir brauchen ein festes Programm, das allerdings weder den reinen Sozialismus, noch auch den bisherigen Liberalismus bedeuten könne. Eine Schwächung der Produktion dürfe die geplante Sozialisierung des Kohlenbergbaues nicht mit sich bringen. Die Befehlung des Ruhrgebietes müsse eine Störung der Produktion zur Folge haben und damit das Ende des Reiches bedeuten. Die Ernährungsfrage sei für uns ausschlaggebend. Die Zwangswirtschaft müsse fallen. Ein großer Teil der Landbevölkerung sei sozial gewesen. Viele aber hätten sich die Verhältnisse zunutze gemacht. Bedauerlich sei es, daß dies auch auf die Industrie übergriffe und zur Ausbeutung der Ratione führe. In der Schulfrage habe keine Partei entschieden auf der Annahme des Weimarer Schulgesetzes. Jedem Wunsche ein anderes Schulgesetz vorzulegen, werde keine Partei in scharfer Opposition entgegenstellen. Was die Reichsregierung anbelange, so erinnere er daran, daß in Preußen demnach die Frist ablaufe, die durch Artikel 167 der Verfassung gegeben sei. Demzufolge seien zahlreiche Gebiete berechnigt, durch Volksabstimmung über ihr weiteres Verbleiben bei Preußen sich schlüssig zu machen. Die Rheinländer werden z. B. von diesem Recht Gebrauch machen. Hier müßte die Reichsregierung die Führung in die Hand nehmen. Sie wollen ein kräftiges Reich. Der Redner schließt mit dem Spruch: Haltet fest am Reich!

Abg. Graf Westarp (Deutschnoll.) erinnert an den lebhaften Widerspruch aller Parteien gegen die Schaffung des polnischen Staates 1918. Heute werde wohl jedermann diesen Beschluß bedauern. Jetzt wollen die Polen sich ohne Volksabstimmung mit Gewalt in den Besitz Oberösterreichs setzen. Das müsse die Regierung bereits seit dem Frühjahr. Die Denkschrift, welche die Regierung zu der Frage erstach habe, verfolge aber in vielen Punkten. Die Antwort der Gegner auf unsere Voten sei in ihr nicht enthalten. Die Regierung habe auf ihren Protest gegen die Waffenlager in der Rote vom 3. Mai überhaupt keine Antwort erhalten. Weiter aber habe sie nichts unternommen. Warum habe die Regierung im August den polnischen Aufstand nicht niederschlagen mit Gewalt? Der Zwischenfall in Breslau sei verständlich angesichts der Zustände in Oberösterreich. Von der Erklärung, die Minister Simons damals abgegeben habe, müsse er sagen, daß sie die ungeschickliche Sache sei, die die Geschichte kenne. Ueber die Auslieferung der Abstammung in Oberösterreich sei zu sagen, daß die Regierung mit mehr Energie für die Freiheit der Abstammung eintreten und daß der Reichstag dies durch einen Beschluß bekräftigen müsse. Wenn ferner aus Oberösterreich durch die Verteilungskommission aus nicht mehr Kohlen zugewiesen werden, können wir das Spannungsverhältnis nicht einhalten. Die Regierung geht gegen die Bedrückungen der deutschen Bevölkerung in Polen nicht scharf genug vor. Oberösterreich sei keine innere Grenze Polens, sondern eine Angelegenheit der deutschen Allgemeinheit, deren Schutz im Friedensvertrag festgelegt und für die auch wir einzutreten hätten. Die Regierung muß ihren festen bestimmenden Willen bekräftigen und eine feste Hand zeigen, um das Spannungsverhältnis günstig zu beeinflussen. Der Autonomieentwurf ist nicht sehr glücklich. Er schaffe nur neuen Zwiespalt. Die Leute, welche eine Sozialisierung herbeiführen wollen, liegen meistens im Zentrum. Gegen den Plan des Abg. Trimborn liegt er Beschwerde ein. Eine Wiederabstimmung sei nicht möglich, ohne ein hartes Einverständnis. Die Vaterlandsliebe geht bis weit in die Reihen der Arbeiter. Preussische und deutsche Interessen sind identisch. Redner wendet sich dann der auswärtigen Politik zu. Die Genfer Konferenz schwebt noch immer in der Luft. Was auch für die Frage, was wir leisten und abgeben können, kann nur unsere Auslandsposition sein. In Brünn habe die Regierung eine Denkschrift überreichen lassen, in der viele Fehler enthalten sind und die kein richtiges Bild unserer Auslandsposition bietet. Der Reichstagsvertrag kann keine Grundlage für die Herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und uns sein, wie unser Vertreter in Paris gesagt habe. Er müsse gegen die Forderung entschieden protestieren. Die Notwendigkeit einer Änderung dieses Vertrages müsse daher das Zentrum eines der gefestigten deutschen Völkler sein. Redner protestiert gegen die geforderte Zustimmung zu Witschats und fordert eine energische Stellungnahme der Regierung gegen die Forderung. Außerdem müsse sie gegen die belästigenden Vertragsverletzungen energisch einschreiten, für das Festhalten unserer Kolonien eintreten und gegen die Drohung mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet Front machen. Gegenüber dem Abg. Trimborn nimmt Redner die Landwirte in Schutz. In der Sozialisierungsfrage sei ihm das Verhalten der Deutschen Volkspartei nicht klar. Die Sozialdemokratie wolle aus der Angelegenheit eine Wahlfrage machen. Die Zulassung von Einwohnern hätte die Regierung nicht zuzulassen dürfen und gegen die von den Gewerkschaften verurteilte Rekrutierung energisch einschreiten müssen. Der schlimme Schlag sei die Abstraffung gewesen. Redner entwickelt dann das deutschnationale Programm. Die Partei müsse mit der Opposition zusammengehen. Die Befehlungen des Reichstags durch Seede's Rede fordere den allerhöchsten Protest heraus. Mit der Partei Seede's und Müllers habe es für seine Partei keine Aufnahmearbeit. (Zustimmung und Heiterkeit.) Will die Sozialdemokratie im Februar oder März, wie verlautet, die Regierung stützen und sollten Neuwahlen kommen, so sehen wir dem gerne entgegen.

Reichsminister Koch polemisiert gegen den Redner. Die Errichtung des polnischen Staates sei aus militärischen Gründen erfolgt. Die Autonomie Oberösterreichs sei eine zwingende Notwendigkeit. Die Hauptsache sei, daß Oberösterreich bei Deutschland bleibe. Die Regierung sei aber nicht gewillt, dieses Beispiel Oberösterreichs auf andere Landesfälle auszuheben. Auf die übrigen Angriffe Westarp's wird Minister Simons morgen antworten. Die Regierung werde sich genau an das Schlußkompromiß halten.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Ledebour, Trimborn und Graf Westarp verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag mittag 12 Uhr. Vorher: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorträge.

Preussische Landesversammlung

Berlin, 27. Oktober. Die preussische Landesversammlung war heute im Hinblick auf die Ereignisse im Reichstage nur spärlich besucht. Während eines Teiles der Sitzung sah man nur vereinzelte Parlamentarier im Hause. Der Entwurf über weitere Beihilfen für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden im Betrage von 50 Millionen Mark ging an den Hauptausschuß. Dann trat das Haus in die Weiterberatung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung ein. Abg. Wigior (Din.) legte dar, daß das Handwerk schwer unter der Gewerbesteuer zu leiden habe. Abg. Hammer (Deutschnoll.) verlangte die Zusammenlegung mehrerer preussischer Ministerien und hielt auch eine Reihe von Reichsministerien für überflüssig. Das Haus vertagte sich zu verhältnismäßig früher Stunde. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Verfassung und Weiterberatung des Haushalts.

Berlin, 28. Oktober. Auf der Tagesordnung steht der Entwurf der preussischen Verfassung. Bei § 1 „Preußen eine Republik und Glied des Deutschen Reiches“ findet eine allgemeine Zustimmung statt.

Abg. Hirsch (Soz.) Wir wollen nicht die Verantwortung dafür tragen, an unserem Widerspruch das Verfassungsrecht scheitern zu lassen. Die Reaktion erhebt heute wieder frecher als je ihre Haupt. Das zeigen die Verhandlungen des Deutschen Reichstages in Hannover. Auch wir verlangen von jedem einzelnen volle Hingabe an den Staat, der wieder so aufgerichtet werden muß, daß man sich wohl darin fühlen kann. Die übergroße Mehrheit des Volkes will von der Rückkehr der Hohenzollern nur und nimmt etwas wissen. Es steht auf dem Boden der Republik. Nach der neuen Verfassung ist Preußen nicht mehr der führende Staat in Deutschland, sondern ein einfaches Glied wie jeder andere Staat. Den Antrag der Rechten, einen besonderen Staatspräsidenten einzuführen, verworfen wir. Der Erkenntnis, daß es unbedingt notwendig ist, die Rechte der Provinzen zu er-

weitern, haben wir zu entsprechen gesucht. In Oberösterreich sind wir bereit, die Autonomie zu geben, weil es unbedingt dem Reiche erhalten bleiben muß. Von dem gebundenen Sinne der rheinischen Bevölkerung, insbesondere der rheinischen Arbeiter, erhoffen wir, daß an ihrem Widerstand jede Abwägungsbestrebung in den Rheinländern zuhause werden wird, da die Abtrennung von Preußen der erste Schritt zur Abtrennung vom Reiche wäre. Die Rechte will dem Staatsrat die Befugnis geben, wenn ihm die Volksvertretung nicht paßt, den Landtag nach Hause zu schicken. Wir fordern die Demokratisierung der ganzen Linie. Wir verlangen außerdem die Beilegung der Neuwahlen, weil nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen die Zusammenlegung dieses Hauses nicht mehr dem Willen der Wählerkraft entspricht. Wie aber, wenn die Landtagswahlen nicht nach dem Willen der Wählerkraft ausfallen? Wollen Sie dann wieder die Auflösung des Reichstages verlangen? Wie hätten an den Vereinbarungen der Mehrheit fest und werden nicht eher auseinandergehen, bis die Verfassung fertig ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Kries (Deutschnoll.): Unserem Ideal entspricht die Republik nicht. Wir halten die Monarchie für die geeignetste Staatsform. Aber diese Frage ist ja schon von der Reichsversammlung entschieden und wir werden unser Ideal nur auf verfassungsmäßigem Wege nachstreben. Wir wollen ein starkes Preußen. Für Oberösterreich wollen wir alle Forderungen bewilligen. Vertrauen wir auf den gebundenen Sinn der Oberösterreicher, daß er sie aus der politischen Rücksicht wieder zum Deutschstum zurückführt. Wir verlangen nach der möglichsten Beilegung der Neuwahlen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Frey (Din.): Auch für uns ist die Verfassung ein Kompromiß, an dem wir am besten nicht rütteln, wenn wir nicht das Ganze gefährden wollen. Sie (zu rechts) können schon im Hinblick auf das Ausland die Monarchie auch nicht wieder aufrechten. Auch wir halten die kulturellen Beziehungen Oberösterreichs zu Deutschland für sehr genau, um an seiner Beherrschung beim Vaterland zu glauben. Auch wir wollen, daß alles geschieht, daß die preussischen Landesherrschaften gern im preussischen Staatsverband bleiben. Die Rechte beantragt, die alte Farbe schwarz-weiß zur Landesfarbe zu erklären. Da nach ihrer Versicherung hier keine Demonstration gegen die Reichsfarben liegen soll, haben wir gegen diesen Antrag nichts einzuwenden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Leidig (D. Sp.): Wir treten an die Verfassung heran unter uneingeschränkter Aufrechterhaltung unserer politischen Grundsätze. Wir hoffen auf ein starkes deutsches Kaiserreich, aber wir lehnen vollständige Demonstrationen ab, da wir uns in den Grenzen der Reichsverfassung halten müssen. Die Grenze der Provinzen einwandernden Selbstverwaltung liegt da, wo es sich um Lebensbedürfnisse des Einzelstaates handelt. Bedacht bedauern wir, daß im Staatsrat nicht auch berufsschädliche Elemente vertreten sind. Keinesfalls dürfen die Mitglieder des Staatsrates zugleich Mitglieder des Reichstages sein. (Sehr richtig rechts.) Auch wir fordern den Staatspräsidenten, der über den Parteien steht. (Beifall rechts.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Baner, Oberösterreich (Str.), Cohn-Rothhausen (U. S.), Beller (Neukomm.) und Heilmann (Soz.) wird die Fortsetzung und Abstimmung über § 1 auf Freitag verlegt.

Tages-Rundschau

Die Gesamtkosten der Reichswehr. Der Etat für 1920, der nunmehr gedruckt vorliegt, bringt gegenüber den schon veröffentlichten Zahlen keine Neuerungen. Die Gesamtkosten für die Reichswehr betragen rund 5 Milliarden. Der Volksbedarf kostete vor dem Kriege durchschnittlich 700 Mark im Jahre, der Soldat von heute 12170 Mark. Die Ausgaben für einen Soldaten einschließlich aller Verwaltungskosten sind von 1200 Mark vor dem Kriege auf 24 600 Mark jährlich gestiegen.

Sünftig Ihre Zentrum.

Die Zentrumspartei begeht heute am 28. Oktober eine denkwürdige Tat: Die fünfzigste Wiederkehr ihres Gründungstages. Ein halbes Jahrhundert bedeutet schon für den Einzelnen einen bedeutenden Lebensabschnitt, in viel höherem Maße trifft das aber zu auf eine so große und einflussreiche politische Partei, wie das Zentrum ist. Es hat berechtigten Grund, mit hohem Stolz und tiefer Freude zurückzublicken auf das halbe Jahrhundert seines Bestehens; denn eine lange Reihe von Erfolgen und die unerschütterliche, von festen Vertrauen in die Führerschaft getragene Anhänglichkeit gemittelter Wählermassen bezeugen Taten der Partei, die deren Anhänger zu solcher Genugtuung allen Anlaß geben. Der organisatorisch grundlegende Ausgangspunkt der Partei ist in dem Soester Programm vom 28. Oktober 1870 zu erblicken. In diesem waren schon die Richtlinien enthalten, die heute noch fundamentale Grundzüge der Zentrumspolitik sind, und die vor allem der Durchsetzung und Erhaltung des echten Christentums als der höchsten moralischen Kraft der Menschheit galten. Der geschichtliche und tatkräftige Umschwung dieser Richtlinien in die Tat hat die Partei des Zentrums ihre glänzenden Erfolge in hohem Maße mit zu verdanken.

Die Dieselmotoren.

London, 27. Oktober. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Aus verschiedenen Kreisen der deutschen Presse geht hervor, daß in Bezug auf die Verfertigung von Dieselmotoren beträchtliche Mißverständnisse herrschen. Es besteht keine wie immer geartete Absicht, sich mit anderen Dieselmotoren zu befassen oder solche zu beschaffen, als mit den Unterseeboot-Dieselmotoren; auch besteht keinerlei Absicht, die Dieselmotoren Deutschlands zu vernichten. Die Angelegenheit ist übrigens den verbündeten Regierungen überwiesen, befindet sich also sub judice. Solange die Entscheidung der verbündeten Regierungen schwebt, ist die Verfertigung aller Unterseeboot-Dieselmotoren eingestellt und aufgeschoben.

Ein Anfang in der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailles Vertrages.

London. Die „Times“ weist auf eine wichtige amtliche Bekanntmachung hin, welche mit weniger wichtigen Mitteilungen vermischt im Organ des britischen Handelsministeriums erschienen ist. Es handelt sich um die Bekanntmachung, daß die englische Regierung der deutschen Regierung mitgeteilt habe, die englische Regierung habe nicht die Absicht, ihre Rechte aus dem Artikel 18 von Absatz 2 des Kohlenartikels 8 des Versailles Friedensvertrages auszuüben. Dieser Artikel bezieht sich auf die Befugnisse deutscher Kautuben in England im Falle einer vorläufigen Nichterfüllung des Versailles Friedens durch Deutschland. Die „Times“ fügt hinzu, man könne aus dieser Bekanntmachung schließen, daß die Propaganda zugunsten der Rev-

ision der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles ihre Früchte zu tragen beginne.

Die deutschen Kriegsergräber in Frankreich.

Berlin. An der deutschen Presse sind Nachrichten über planmäßige Zerstörung und Schändung deutscher Kriegsergräber in Frankreich veröffentlicht worden. Zu diesen Nachrichten nimmt das Reichsministerium des Innern Stellung und erklärt, daß es sich bei diesen Vorgängen um die unter Aufsicht amtlicher französischer Organe allgemein vorgenommene Umgestaltung von Einzelgräbern zu Friedhöfen handeln dürfte. Bei diesen Umgestaltungen würden natürlich Gräber geöffnet. Wenn diese Zerstörung der Umgestaltungen nicht mehr dem Willen der Wählerkraft entspricht. Wie aber, wenn die Landtagswahlen nicht nach dem Willen der Wählerkraft ausfallen? Wollen Sie dann wieder die Auflösung des Reichstages verlangen? Wie hätten an den Vereinbarungen der Mehrheit fest und werden nicht eher auseinandergehen, bis die Verfassung fertig ist. (Beifall bei den Soz.)

45 000 Schwererleichte in den Lazaretten.

Die Offiziersvereine der Deutschen Republik erläßt folgenden Aufruf: „Seit beinahe zwei Jahren ruhen die Waffen und noch immer liegen ungefähr 45 000 Schwererleichte in den Lazaretten. Manche von ihnen sind bereits seit 1911 Soldaten. Nicht wenige wurden schon im September 1914 auf ihr Schmerzlager geworfen. Viele haben 20 bis 30 Operationen hinter sich. Anderen wird noch auf Jahre hinaus das Lazarett die Heimat sein. Allen diesen Männern geht es, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, materiell sehr schlecht. Ihre Bedürfnisse sind unzureichend. Ihre Sachen sind heruntergewirtschaftet. Ihre Angehörigen sind trotz staatlicher Unterstützung oft in bitterer Bedrängnis. Zu den körperlichen Schmerzen dieser Leidenden duldet sich die Sorge um die Zukunft. Wie oft, die wir uns der Gesundheit erfreuen dürfen, sollten ohne Ausnahme mit dazu beitragen, daß die unglückliche schwere Bürde, die auf den Schultern dieser früheren Feldkämpfer ruht, so erträglich wie möglich gemacht werde. Das Weihnachtsfest steht nicht fern. Wir bitten die Herren der Weihnachtsfeier, die in diesem Zweck schlägt die Offiziersvereine der Deutschen Republik sämtliche Organisationen, Verbände, Vereinigungen, Parteien, Truppenteile und Organisationen sowie allen Einzelpersönlichkeiten, die ein Herz für die Schmerzen und Sorgen dieser unglücklichen Kriegsgesellen haben, vor, Sammlungen in ihrem Bereich zu organisieren und zu veranstalten und deren Betrag noch vor Weihnachten an die Lazarette abzuführen.“

Kleine Mitteilungen.

Rom. Der erste deutsche Botschafter seit Kriegsausbruch ist unter Führung des Erzbischofs Schulte von Köln hier eingetroffen.

Dresden. Der Haushaltsausschuß der sächsischen Volkskammer hat vierzig Millionen Mark zur Förderung des Kleinwohnungsbaues bewilligt.

Uns Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

op. Es empfiehlt sich, die Weihnachtspakete noch den oberösterreichischen Völkern, mit denen ein Paketverkehr zur Zeit möglich ist, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Auslieferung dieser Sendungen an die Empfänger gesichert ist.

* Besteuerung tabaksteuerpflichtiger Waren. Wie aus dem Hauptamt Wiesbaden mitteilt, dürfen, nachdem die Steuererzeugnisse nunmehr erhoben sind, Händler und Hersteller vom 1. Dezember d. Js. ab tabaksteuerpflichtige Waren, die nicht mit den erforderlichen Steuerzeugnissen versehen sind, nicht mehr im Besitz oder Gewahrsam haben. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften werden mit Bestrafung bezogen. Bestrafung der Ware geahndet.

* Vorläufiger Steuerbescheid und Schnäbzig. Der Gewerkschaftsbund der Angehörigen (G. D. A.), Berlin, teilt mit: In den Kreisen der Lohnempfänger hat die Veranlassung der vorläufigen Steuerbescheide vielfach Beunruhigungen hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß der in dem Steuerbescheid angegebene Betrag in der neben dem Lohnabzug zu entrichten, daß also doppelte Steuer zu zahlen ist. Diese Auffassung trifft nicht zu, es werden vielmehr auf den im vorläufigen Steuerbescheid enthaltenen Betrag die bereits entrichteten Lohnabzüge, die meistens höher sind, wie Borgelb angerechnet, so daß im Regelfall auf den Steuerbescheid keine weitere Zahlung mehr zu leisten ist. Der Empfänger des vorläufigen Steuerbescheides braucht diesen nur zusammen mit seiner Steuerkarte der zuständigen Steuerbehörde vorzulegen. In dem Fall, wo der Steuerabzug nicht in Marken, sondern durch Ueberweisung an die Finanzkasse erfolgt ist (Hörsingheim), wird in der gleichen Weise verfahren. Da hier jedoch die Möglichkeit besteht, daß die Ueberweisungen noch nicht überall verbucht sind, wird der Arbeitnehmer gut tun, sich von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung geben zu lassen, die außer dem übermiesigen Betrag auch angibt, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt ist und für welche Zeit er einbehalten ist. Diese Bescheinigung hat die Steuerbehörde vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung anzunehmen.

Heizpflichtregeln.

1. Heize so wenig Zimmer wie möglich.
2. Heize keine Kuren und Treppenhäuser.
3. Heize bei nicht zu starker Kälte nur in den Morgen- und Abendsstunden.
4. Erwärme die Wohnräume nicht über 18 Grad C.
5. Stelle am Abend die Heizung der Zentralheizungsstellen ab.
6. Beseitige Unlichkeiten an Zentralheizungsstellen, damit keine „kalte“ Luft ausströmt wird.
7. Beseitige häufig die Flugzeuge aus den Kesselsäumen.
8. Samme unverbrannte Heizstoffe aus der Asche und den Schlacken.
9. Sorge für gute Luft in den geheizten Räumen; gute Luft erwärmt sich leichter als verbrauchte.
10. Öffne jedoch die Fenster zum Lüften, auch diejenigen der Schlafkammer nur solange, bis sich die Luft erneuert hat (einige Minuten). Ranges Offenhalten der Fenster führt den Kautuben und die Zimmereinrichtung unnötig ab.
11. Beseitige Unlichkeiten an den Fenstern und siehe möglichst Vorhänge vor.
12. Spare warmes Wasser.

Verbestattung & D.
Baden, Telefon 261.
Prophet gratis.
Deumers & Co., 831a.
Sollerring 56.

Leonhard Tietz & Co. Mainz

**Grösste und billigste Bezugsquelle
für alle Bedarfsartikel!**

Jeden
Mittwoch

kostenlose
verpflichtete
Zustellung
durch unser

Auto

nach:

Kastel

Kostheim

Gustavsburg

Bischofsheim

Ginsheim

Rüsselsheim

Königstätt

Nauheim

Gr.-Gerau

Wallerstätt

Trebur

Heinsheim

Oppenheim

Nierstein

Nackenheim

Bodenheim

Laubenheim

Weissenau

Hechtsheim

Brezenheim

Zahlbach

Jeden
Samstag

kostenlose
verpflichtete
Zustellung
durch unser

Auto

nach:

Nombach

Gorsenheim

Sinthen

Budenheim

Heidesheim

N.-Ingelheim

O.-Ingelheim

Gausalgesheim

Gaulsheim

Kempen

Bingen

Bingerbrück

Rüdesheim

Geisenheim

Oestrich

Mittelheim

Winkel

Hattenheim

Eltsville

Erbach

Nieder-Walluf

Schierstein

Biebrich

Wiesbaden

Erbenheim

Amöneburg

Kleiderstoffe - Seide

Praktische Winter-Blusenstoffe schöne Streifen, 70 cm breit	Meter	25 ⁰⁰
Gediegene Blusenstoffe neue Stellungen, 70 cm breit	Meter	45 ⁰⁰
Herbst-Kleiderstoffe schöne Muster, 90 cm breit	Meter	39 ⁰⁰
Raros und Schollen 90-110 cm breit	Meter	65 ⁰⁰ 39 ⁰⁰ 29 ⁰⁰
Kostüm-Diagonal marine, bla, grün, 130 cm breit	Meter	52 ⁰⁰
Kostüm- und Rockstoffe in grün und braun, 150 cm breit	Meter	75 ⁰⁰
Mantel-Stoffe in vielen mod. Farben, Meter		145 ⁰⁰ 98 ⁰⁰ 48 ⁰⁰
Kleider-Samte schwarz und farbig beste Qualitäten	Meter	125 ⁰⁰ 95 ⁰⁰ 85 ⁰⁰
Mantel-Samte Belour du Nord	Meter	275 ⁰⁰ 195 ⁰⁰ 150 ⁰⁰
Austragen für Mäntel, Fell-Verlag, ca. 130 cm breit, grau	Meter	250 ⁰⁰
schwarz	Meter	225 ⁰⁰ 175 ⁰⁰

Teppiche

Prima Gaargau-Teppiche ohne Papier-Verarbeitung ca. 270 : 335 ca. 200 : 270 ca. 165 : 235 ca. 135 : 200		1250 ⁰⁰ 975 ⁰⁰ 650 ⁰⁰ 375 ⁰⁰
Prima Plüsch-Teppiche ca. 300 : 400 ca. 250 : 350 ca. 200 : 300		3200 ⁰⁰ 2500 ⁰⁰ 1550 ⁰⁰
Cäuser-Stoffe ca. 67 cm breit, Meter		42 ⁰⁰ 36 ⁰⁰ 16 ⁰⁰
Bett-Vorlagen in Bouclé und Plüsch		185 ⁰⁰ 110 ⁰⁰ 65 ⁰⁰
Verbindungs-Stücke ca. 90 : 180 mit Franzen Cinoleum für Bodenbelag durchgehende Qualit. in schönen Mustern, 1 1/2 cm breit		375 ⁰⁰ 225 ⁰⁰
Wachstuch in allen Breiten und bester Qualität	Meter	42 ⁰⁰ 38 ⁰⁰ 26 ⁰⁰

Wollwaren

Kopftücher gestrickt	8 ²⁵ 6 ⁷⁵ 4 ⁷⁵
Chenille-Kopftücher	29 ⁵⁰ 26 ⁵⁰ 22 ⁵⁰
Woll-Schals gestrickt	22 ⁵⁰ 18 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Damen-Westen ohne Arm	19 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ 8 ⁷⁵
Blusen-Schoner weiß und bunt	52 ⁵⁰ 45 ⁰⁰ 39 ⁵⁰
Herren-Westen mit Arm, gestrickt	43 ⁰⁰ 32 ⁰⁰ 21 ⁷⁵
Kinder-Sweater gestrickt mit Stegband	19 ⁵⁰ 14 ⁵⁰ 12 ⁵⁰ 9 ⁷⁵
Kinder-Sweater mit Umlegtragen	25 ⁰⁰ 12 ⁵⁰

Herrenhüte - Kravatten

Herren-Fly-Hüte in modernen Farben	98 ⁰⁰ 78 ⁰⁰ 58 ⁰⁰
Herren-Sportmützen	16 ⁰⁰ 14 ⁰⁰ 6 ⁵⁰
Anaben-Teller-Mützen	12 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 6 ⁷⁵ 4 ⁹⁵
Stiefelhüder	23 ⁵⁰ 18 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Selbsthüder breite Form	27 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 16 ⁵⁰
Kragen-schoner in vielen Farben	25 ⁰⁰ 22 ⁵⁰ 19 ⁵⁰

Herren- und Damenschirme 98⁰⁰

Spazierstöcke 12⁵⁰ an

Damenwäsche

Damen-Hemden prima Qualität mit Stiderei und gebogt	55 ⁰⁰ 39 ⁷⁵ 35 ⁰⁰
Damen-Hosen Kattun mit Stiderei u. Bogenanfang	48 ⁰⁰ 45 ⁰⁰ 36 ⁰⁰
Weiße Biber-Damenhemden Näsel- und Vorderfalten	80 ⁰⁰ 72 ⁰⁰
Weiße Biber-Damenhosen gebogt und reichgestickte Seiten	65 ⁰⁰
Große Auswahl in Unterhosen	30 ⁵⁰ 22 ⁰⁰ 16 ⁵⁰
Gestickte Kinderstrümpfe mit und ohne Kermel	18 ⁵⁰ 14 ⁵⁰ 9 ⁷⁵

Seifen - Haarschmuck

Toilette-Artikel	
1 Dose Seifen Pa. Qual. ca. 65-100 Gramm-Stücke	7 ⁵⁰ 5 ⁴⁰ 4 ³⁰ 3 ⁵⁰ 2 ⁴⁵ 1 ⁹⁰
1 Dose Spangen und Pfeile beste durchbroch. Sachen	21 ⁰⁰ 18 ⁷⁵ 13 ⁷⁵ 9 ⁷⁵
1 Dose Seifen-Nämmen Paar	1 ⁸⁰ 60 Pfg.

Damen-Mäntel

Zu Allerheiligen ein schöner Winter-Mantel!

in schönen, farbigen Flanellstoffen	145 ⁰⁰
in dunklem Raro, reine Wolle	390 ⁰⁰
in elegantem schwarzem Tuch	535 ⁰⁰
in la. glänzendem Astrachan	790 ⁰⁰

Kinder-Mäntel von 98⁰⁰ an

Gardinen

Scheiben-Gardinen in reicher Auswahl	26 ⁰⁰ 22 ⁰⁰ 19 ⁵⁰ 16 ⁵⁰
Breite-Gardinen am Stück	36 ⁰⁰ 29 ⁰⁰ 25 ⁰⁰ 18 ⁵⁰
Spann-Stoffe 90-105 Zm. breit, Meter	38 ⁰⁰ 32 ⁰⁰ 26 ⁰⁰ 19 ⁵⁰
Halb-Stores eleganter u. solid verarbt.	195 ⁰⁰ 165 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 85 ⁰⁰
Abgewählte Gardinen fenster- u. 2 Schals	195 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 95 ⁰⁰
Weiße Blusen in vielen Mustern	19 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 9 ⁵⁰
Tabl.-Bett-Decken über 2 Betten	375 ⁰⁰ 295 ⁰⁰ 250 ⁰⁰ 195 ⁰⁰
Tisch-Decken in modern. Ausführungen	195 ⁰⁰ 165 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 95 ⁰⁰

Trikotagen

Macco-Einlag-Hemden	55 ⁰⁰ 49 ⁵⁰ 46 ⁵⁰
Normal-Hemden	55 ⁰⁰ 52 ⁰⁰ 48 ⁰⁰
Normal-Hosen	55 ⁰⁰ 46 ⁰⁰
Normal-Jaden	55 ⁰⁰ 48 ⁰⁰ 45 ⁰⁰
Futter-Hosen	42 ⁰⁰
Kinder-Cellhose, Normal	26 ⁰⁰ 22 ⁰⁰
Anaben-Normal-Jaden	26 ⁵⁰ 24 ⁵⁰

Damen-Schlupfhosen

diese Winterware in schönen Farben 35⁰⁰ 29⁵⁰

Taschentücher

Farbige Herren-Tücher	Stück	5 ⁹⁰ 4 ⁰⁰
Herren-Balkentücher weiß in. bunt. Rante St.	Stück	5 ⁹⁰ 4 ⁰⁰
Damen-Balkentücher mit Hochbaum und gestickter Ecke	Stück	2 ⁹⁵ 1 ⁹⁵
Damen-Cinotuch mit gestickter Ecke	Stück	3 ⁷⁵
Kinder-Tuch weiß mit bunter Rante	Stück	3 ⁹⁰ 1 ⁹⁵
Kinder-Tuch weiß mit Buchstaben	Stück	2 ⁹⁵

Korsetts

Gestickte Damen-Korsetts	24 ⁰⁰ 22 ⁰⁰
Prima Dress-Korsetts moderne Form	49 ⁵⁰ 45 ⁰⁰
Alten-Halter „Forma“	24 ⁵⁰

Schürzen

Kleider-Schürzen mit und ohne Kermel	69 ⁰⁰ 59 ⁰⁰
Gaus-Schürzen mit Träger, hellgestreift	36 ⁵⁰

Große Auswahl in Kinder-Schürzen

in allen Größen und Preislagen

Billige Kurzwaren

Strumpfgummiband la. Qualitäten in vielen Farben	Meter	6 ⁰⁰ 3 ⁰⁰ 2 ⁷⁵
Messingstedenadeln rostfrei, Brief		55 Pfg.
Druckstaple gar. rostfrei	1 ²⁰ 75 Pfg.	45 Pfg.
Gardinenfordel rob. crème	Meter	60 Pfg. 45 Pfg.
Nähnadeln	Brief	90 Pfg. 70 Pfg. 60 Pfg.
Nähfelde Dade, alle Farben vorrätig		2 ⁰⁰
Nadithe reine Wolle, alle Farben	Meter	2 ⁴⁰

Handschuhe

Damen-Handschuhe Tricot farbig, sortiert	16 ⁵⁰ 9 ⁴⁰
Ceder-Imitation gefüttert	22 ⁵⁰
Damen-Strickhandschuhe	16 ⁵⁰
Herren-Strickhandschuhe	9 ⁷⁵ 6 ⁷⁵ 5 ²⁵
Ceder-Imitation	24 ⁵⁰ 21 ⁵⁰
Tricot-Handschuhe gefüttert	29 ⁵⁰
Kinder-Handschuhe	12 ⁵⁰ 9 ⁷⁵

Decken

Ein großer Polster wollene Bettdecken in schönen Dessins	Stück	150 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 98 ⁰⁰
Kamelhaar-Decken	Stück	225 ⁰⁰ 150 ⁰⁰ 135 ⁰⁰
wollene Schlaf-Decken mit Borde, grau	Stück	98 ⁰⁰ 69 ⁰⁰ 49 ⁰⁰
Betttücher farbig, ca. 2 m lang	Stück	69 ⁰⁰ 59 ⁰⁰ 39 ⁰⁰
Betttücher weiß, in Wolton	Stück	69 ⁰⁰

Damaste und Bettuchhalbleinen

in großer Auswahl

Herrenwäsche

Farbige Oberhemden mit fester und Klappmanschette	110 ⁰⁰ 85 ⁰⁰ 65 ⁰⁰
Weiße Oberhemden mit Ripa-Bique-Einlag und fester Manschette	95 ⁰⁰
Samml-Hosenträger	19 ⁷⁵ 14 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Weiße Umlegtragen	6 ⁵⁰
Weiße Eckentragen 5 cm hoch	7 ⁵⁰ 5 ⁷⁵
Sporttragen weiß	6 ⁹⁵ 4 ⁷⁵
Sporttragen bunt	9 ⁵⁰
Vorhemden weiß	9 ⁵⁰
Vorhemden bunt	7 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ 4 ⁹⁰

Vorhemden mit Manschetten und Kragen

in großer Auswahl

Strümpfe

Fühlänge schwarz	4 ⁷⁵
Damen-Strümpfe la. Flor in allen Farben mit kleinen Bechern	8 ⁵⁰
Damen-Strümpfe schwarz, braun, Spitze und farbig o. gestrickt	9 ⁵⁰
Damen-Strümpfe braun, schwarz, grau, Doppel- sohle und hochferle	12 ⁵⁰
Damen-Strümpfe reine Wolle gewebt	35 ⁰⁰

Damen-Strumpf

diese Winterqualität in weiß, braun, schwarz, grau, beige 14⁵⁰

Herren-Socken

besonders günstiges Angebot die gestrickt 9⁷⁵

Steingut

Wach-Garnituren 4 teilig mit einfarbig. Rante mittelgroß	65 ⁰⁰ 48 ⁰⁰
Wach-Garnituren 5 teilig mit großer Schüssel u. Rante, apart dekoriert	105 ⁰⁰ 85 ⁰⁰
Küchen-Garnituren 16 teilig mit ein- oder zweifarbiger Rante	175 ⁰⁰ 165 ⁰⁰
Küchen-Garnituren 22 teilig modern dekoriert	350 ⁰⁰ 250 ⁰⁰

Tafel-Service

für 6 Personen, 23 teilig
aparte Form mit Randdecor. 450⁰⁰ 165⁰⁰

Haushalt

Fleischmaschinen	95 ⁰⁰ 60 ⁰⁰ 48 ⁰⁰
Küchenwagen	58 ⁵⁰ 45 ⁵⁰ 38 ⁰⁰
Wandtafelmaschinen	95 ⁰⁰ 85 ⁰⁰ 75 ⁰⁰
Reibmaschinen	68 ⁵⁰ 45 ⁵⁰ 32 ⁰⁰
Drosselndemaschinen	17 ⁵⁰ 14 ⁰⁰
Kohlenbügelleisen	42 ⁰⁰
Wäscheleinen	14 ⁰⁰ 9 ⁷⁵ 3 ⁷⁵
Wäschereiter	3 ⁵⁰ 2 ⁷⁵
Wäscheleimern	2 ²⁵ 85 ⁰⁰ 60 ⁰⁰

Parterre:

Ulfstein-

Schnitt-

Muster!

Gehenswerte Spielwaren-Ausstellung III. Stock (Fahrstuhlbenutzung).